



## Niederschrift

über die Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Probstei (AMTPR/AA/02/2011) vom  
20.12.2011

### Anwesend:

#### Vorsitzende/r

Herr Hagen Klindt

#### Mitglieder

Herr Hans-Hugo Arp

Herr Sven Asbahr

Herr Karl-Ernst Butenschön

Vertretung für Herrn Markus Sinjen

Herr Dieter Dehnk

Herr Martin Doepner

Herr Horst Etmanski

Herr Hermann Fiege

Herr Jörg Fister

Herr Joachim Gafert

Herr Matthias Gnauck

Vertretung für Herrn Hans-Richard Bern

Frau Claudia Hoppe

Herr Jörn Husen

Herr Ernst Jöhnk

Frau Antje Klein

Herr Ingo Lage

Herr Heinz Lamp

Frau Margrit Lüneburg

Herr Michael Mann

Vertretung für Herrn Jürgen Cordts

Herr Wolfgang Mertineit

Frau Heike Mews

Frau Ulrike Mordhorst

Frau Karin Nickenig

Herr Jens Peters

Herr Dirk Rave

Vertretung für Herrn Karl-Otto Knust

Herr Lutz Schlüsen

Herr Jürgen Schröder

Herr Otto Steffen

Vertretung für Herrn Peter Dieterich

Herr Marc von Mandel

Herr Horst Wegner

Herr Helmut Wichelmann

Herr Dieter Winkler

Herr Wilfried Zurstraßen

#### Gäste

Herr Jürgen Bandowski

Amtswehrführer

Herr Eckhard Lamp

#### Protokollführer/in

Frau Angela Grulich

### Abwesend:

### Mitglieder

Frau Rosemarie Benecke  
Herr Hans-Richard Bern  
Herr Jürgen Cordts  
Herr Peter Dieterich  
Herr Karl-Otto Knust  
Herr Markus Sinjen

Beginn: 19:00 Uhr  
Ende 20:05 Uhr  
Ort, Raum: 24217 Krummbek, Im Dorfe 9, "Witt's Gasthof"

### Tagesordnung:

Vorlagennummer:

#### **- öffentliche Sitzung -**

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Niederschrift der Sitzung des Amtsausschusses vom 12.04.2011
3. Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 AMTPR/BV/047/2011
4. Breitbandversorgung in den Gemeinden des Amtes Probstei
5. Einwohnerfragestunde
6. Bekanntgaben und Anfragen

#### **- öffentliche Sitzung -**

##### **TO-Punkt 1: Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Amtsausschusses Herr Amtsvorsteher Klindt eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr und begrüßt die Mitglieder des Amtsausschusses, Herrn Amtswehrführer Bandowski und Herrn Eckhard Lamp als einzigen Besucher der heutigen Sitzung.

Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Amtsausschusses fest. Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Die Tagesordnung wird daher wie vorgesehen verhandelt.

##### **TO-Punkt 2: Niederschrift der Sitzung des Amtsausschusses vom 12.04.2011**

Einwendungen gegen die vorgenannte Niederschrift werden nicht vorgetragen.

**TO-Punkt 3:            Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012**  
**Vorlage: AMTPR/BV/047/2011**

Amtsausschussmitglied Herr Zurstraßen betritt den Sitzungssaal um 19.03 Uhr.

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Er geht jede einzelne Seite des Haushaltsplanes durch und stellt kurz die Inhalte vor. Er verweist hierbei sowohl auf die neue Haushaltssystematik als auch die neue Stellenplansystematik als Ausfluss der neuen Organisationsstrukturen. Auch wenn die Auswirkungen der Synergieeffekte auf den ersten Blick nicht so deutlich zu erkennen sind, so sind sie aber doch vorhanden. Er erläutert dies unter Hinweis auf die Vorlage insbesondere im Bereich der Personalkostenentwicklung.

Amtsausschussmitglied Herr Zurstraßen hakt an dieser Stelle ein. Er erläutert, dass man seinerzeit bei den Vertragsverhandlungen zu dem Fusionsvertrag von der Annahme ausgegangen war, dass Einsparungen erzielt werden und Synergieeffekte entstehen. Dies war im Jahr 2006. Man habe daher die entsprechende Regelung im Fusionsvertrag als Interessenausgleich zur Verteilung der Synergieeffekte getroffen. Jetzt sei aber eine andere Situation eingetreten. Es sind keine Einsparungen, sondern Kosten zu verteilen und hierfür nimmt man eine Regelung, die seinerzeit zur Verteilung von Einsparungen entwickelt worden ist. Dies könne nicht richtig sein. Im Vergleich zu den seinerzeitigen Annahmen sei eine deutliche Veränderung eingetreten. Auch wenn durch eine Rücklagenentnahme von 100.000 € diese Situation abgefedert worden ist, hält er es für sachgerecht und erforderlich, diese Regelung zu verändern, denn diese Situation werde sich fortsetzen. Der Begriff „negative Synergieeffekte“ sei ein Widerspruch im Wortsinn. Aus seiner Sicht sei die Geschäftsgrundlage für die seinerzeitige Regelung entfallen. Er plädiert daher dafür, im neuen Jahr ein Gespräch zu führen, um einen Weg zu finden, der ein Stück mehr Gerechtigkeit ermöglicht. Aus diesem Grunde werde er sich heute Abend, obwohl er den Haushalt in seinen Grundzügen mittragen könne, der Stimme enthalten.

Der Vorsitzende erklärt, dass er den Einwand vom Grundsatz her nachvollziehen könne. Er verweist auf die Sitzung des Hauptausschusses, in der er die Verteilungssituation bereits kurz dargestellt habe. Er erinnert seinerseits an die damaligen Verhandlungen und weist darauf hin, dass man sich damals ganz bewusst auf eine Sonderregelung geeinigt habe, um die Auswirkungen einer reinen Finanzkraftverteilung nicht sofort zu haben. Er habe vor kurzem eine Verteilung nach der Finanzkraftregelung durchrechnen lassen. Danach kämen auf Anhieb auf die alten Amtsgemeinden eine Mehrbelastung von 420.000 € zu. Die Gemeinde Schönberg hätte auf Anhieb eine Entlastung von 350.000 € und die Gemeinde Laboe von 80.000 €. Dies könne so auch nicht sein. Er gehe aber konform mit Herrn Zurstraßen, dass die Angelegenheit aufgeblättert werden sollte, um Fehlentwicklungen gegenzusteuern.

Amtsausschussmitglied Herr Zurstraßen stellt klar, dass für ihn die Alternative nicht sei, sofort alles nach der Finanzkraft zu verteilen. Das sei nicht der Ansatz. Ihm gehe es darum, in Einvernehmlichkeit eine kreative Lösung zu finden mit dem Ziel, ein Stück mehr Gerechtigkeit in die Angelegenheit hineinzubringen.

Der Amtsdirektor erläutert, dass es auch aus seiner Sicht Sinn mache, sich noch einmal über die Vertragsinhalte zu verständigen. Er weist allerdings darauf hin, dass die Verteilung dieser sog. negativen Synergieeffekte bereits seit dem Jahre 2009 so vorgenommen werde. Die Entnahme von 100.000 € aus der Rücklage stehe also nicht im direkten Kontext mit dem, was der Bürgermeister gerade vorgetragen habe, sondern sollte die Kosten der Altersteilzeit abfedern. Er weist darauf hin, dass man seinerzeit gestartet sei mit Personalkosten aus dem Jahre 2006. Deshalb sei es deutlich schwierig, zum heutigen Zeitpunkt die positiven Effekte zu erkennen. Es gebe aber positive Effekte. Er weist hierzu auf seine Erläuterungen im Hauptausschuss. Im Grunde müsse man jetzt mehrere Dinge tun, nämlich einmal die Ent-

wicklung des jetzigen Amtshaushaltes seit der Fusion beleuchten, das Gleiche müsse man aber auch mit den Haushalten der drei Partner tun und erarbeiten, wie die sich fiktiv entwickelt hätten, wenn es keine Fusion gegeben hätte. Wenn diese Zahlen vorliegen mache es sicherlich Sinn, ein entsprechendes Gespräch aufzunehmen. Dann müsse man ggf. aber auch über andere Dinge des Vertrages sprechen, beispielsweise über die Festlegung der 1,8 Stellen.

Amtsausschussmitglied Herr Fiege begrüßt die Anregung von Herrn Zurstraßen und erklärt, dass die Gemeinde Laboe dies positiv begleiten und unterstützen werde.

Der Vorsitzende stellt den Amtshaushalt zur Abstimmung.

Der Amtsausschuss fasst folgenden

**Beschluss:** Der Amtsausschuss stimmt dem vorliegenden Haushaltsplan, der Haushaltsatzung und dem Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2012 zu. Die Verwaltung wird aufgefordert, spätestens im Januar die Neukalkulation der Verwaltungskostenbeiträge vorzulegen.

Stimmberechtigte:	33		
Ja-Stimmen: 24	Nein-Stimmen:	Enthaltungen: 9	Befangen: 0

#### **TO-Punkt 4: Breitbandversorgung in den Gemeinden des Amtes Probstei**

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein und erinnert an frühere Gespräche auf Amtsebene und auch an die Umfrage, die seinerzeit in den amtsangehörigen Gemeinden durchgeführt worden ist. Es sei festzustellen, dass es eine sehr unterschiedliche Versorgung auch im Amtsbereich gebe. Dies war für ihn Anlass, das Thema noch einmal aufzugreifen. Er erinnert ferner daran, dass die Telekom sich seinerzeit nicht in der Lage sah, Leitungen zu verlegen. Dies lag an der mangelnden Nachfrage. Es gebe aber durchaus alternative Möglichkeiten, und die seien in der Gemeinde Prasdorf zum Zuge zu kommen. Herr Bürgermeister Gnauck habe sich bereit erklärt, am heutigen Abend kurz hierüber zu berichten.

Amtsausschussmitglied Herr Gnauck lässt den bisherigen Verfahrensgang und auch die zahlreichen Gespräche auf Amtsebene Revue passieren. In Prasdorf sei ein Arbeitskreis gebildet worden mit Studenten der IT-Branche und einem Mitarbeiter der Telekom, um alle Möglichkeiten auszuloten. Die Gemeinde habe auch einen direkten Kontakt mit der Telekom aufgenommen, um die Gemeinde Prasdorf zu versorgen. Dieses sei aber deutlich zu teuer gewesen. Auch weitere Anfragen bei anderen Firmen haben dasselbe Ergebnis erbracht. Dann gab es einen neuen Ansatz über Fördermaßnahmen des Bundes. DSL-Verbindungen werden immer mehr nachgefragt. Dies sei zwischenzeitlich ein wichtiger Standortfaktor nicht nur für das Gewerbe und für den Tourismus, sondern auch für private Haushalte. Die Gemeinde Prasdorf habe dann eine Funklösung gefunden. Eine Firma aus Köhn habe angeboten, bei einer Zahl von mindestens 20 Teilnehmern eine Antenne zu errichten. Im Herbst letzten Jahres sei dieses gelungen. Die Antenne sei installiert und biete 6 MB. Die Beständigkeit sei sehr gut. Die Gemeinde Prasdorf betrachte dies aber nur als Übergangslösung.

Heute Abend wolle er deshalb den Anstoß geben, dass alle Gemeinden gemeinsam daran arbeiten, ein schnelles Internet flächendeckend zu erreichen.

Auf eine entsprechende Frage des Vorsitzenden nach den Kosten erläutert Amtsausschussmitglied Herr Gnauck, dass bei etwa 25 bis 30 Nutzern Kosten entstanden sind von etwa 30 € bis 50 € pro Haushalt und Monat.

Der Vorsitzende erläutert die Versorgungsquote im südlichen Bereich Schleswig-Holsteins um Hamburg und Pinneberg. Dort gebe es einen großen Versorger, der alle Gemeinden mit Glasfaserkabel versorgt habe. Auch im Bereich Lauenburg sei dies gelungen. Es gebe also durchaus große Versorger, die bereit sind, eine flächendeckende DSL-Verbindung zu schaffen. Voraussetzung sei aber immer, dass es genug Interessierte gibt, die sich dann auch anschließen lassen. Hierfür müsse man werben.

Stellvertretendes Amtsausschussmitglied Herr von Mandel erläutert, dass es sich bei der Lösung in Prasdorf um Richtfunk handelt. Die Frequenzen für Richtfunk seien vom Bund freigemacht worden. Die Telekom habe durchaus Interesse daran, auch die Dörfer zu versorgen. Er verweist auf die große Richtfunkantenne der Telekom am Bungsberg, aber letztendlich müssen hierfür, der Vorsitzende habe es bereits ausgeführt, alle Gemeinden mitziehen. Er schlägt vor, hierzu eine Arbeitsgruppe zu bilden, um weitere Möglichkeiten für eine gemeinsame Lösung auszuloten.

Bürgermeister Gafert ist der Auffassung, dass ein schnelles Internet zwischenzeitlich zur Infrastruktur genauso hinzugehöre wie Strom und Gas. Man müsse das Thema sehr ernst nehmen und nicht nur an die Versorger herantreten, sondern durchaus auch politisch Druck machen.

Herr Amtsdirektor Körber berichtet über die Erfahrungen aus Köhn/Pülsen. Die Erfahrung der letzten drei Jahre habe gezeigt, dass die Gemeinden sehr unterschiedlich strukturiert sind. Aber auch die Versorger sind unterschiedlich strukturiert. Das erschwere eine gemeinschaftliche Lösung. Die Bildung einer Arbeitsgruppe sei aus seiner Sicht ein guter Vorschlag.

Amtsausschussmitglied Frau Mews berichtet über die Erfahrungen aus Brodersdorf. Brodersdorf sei relativ gut versorgt und deshalb erhalte es auch keine Fördermittel. Sie berichtet über eine Veranstaltung in der Stadt Kiel. Dort sei ihr letztendlich nicht viel Hoffnung gemacht worden, dass tatsächlich das DSL-Netz in Kürze flächendeckend umgesetzt werde. Seinerzeit sei immer dafür geworben worden, vorsorglich Leerrohre einzuziehen. Dies habe man in Brodersdorf auch getan. Die Telekom habe es aber abgelehnt, zu versorgen mit dem Argument, dass sie nicht in fremde Rohre hinein gehe.

Herr Amtsdirektor Körber erinnert an den Breitbandworkshop beim Kreis. Auch von dort könne er berichten, dass nicht besonders viel Hoffnung gemacht worden ist.

Der Vorsitzende ist der Auffassung, dass man gleichwohl am Ball bleiben sollte. Man sollte die Versorger aktiv ansprechen und alle möglichen Lösungen ausloten. Man müsse aber auch Bürgerinnen und Bürger finden, die bereit sind, sich dann anschließen zu lassen. Man sollte hier also zweigleisig fahren. Nicht nur die Versorger ansprechen, sondern letztendlich auch für einen Anschluss werben.

Amtsausschussmitglied Herr Zurstraßen verweist auf Erfahrungen des Amtes Dänischenhagen.

Amtsdirektor Körber erläutert den Werdegang im dortigen Bereich. Hier sei man sogar ämterübergreifend aufgetreten.

Der Vorsitzende erklärt, dass dies einmal mehr deutlich mache, dass man bereit sein müsse, gemeinsam anzutreten. Nur so könne man etwas erreichen.

Amtsausschussmitglied Herr Fister schlägt vor, bereits am heutigen Abend einen Arbeitskreis zu bilden. Dieser Vorschlag stößt auf Zustimmung.

Der Amtsausschuss einigt sich auf folgende Zusammensetzung: Herr Klindt, Herr v. Mandel, Frau Mews, Herr Gnauck und Herr Gafert. Die Gemeinde Schönberg wird ebenfalls ein Mitglied entsenden. Dieses wird noch benannt.

## **TO-Punkt 5: Einwohnerfragestunde**

Der Vorsitzende übergibt das Wort an den Amtsweführer Herrn Bandowski.

Herr Bandowski gibt einen Rückblick über das Jahr 2011. Es sei ein sehr ruhiges Jahr gewesen. Es habe keine großen Einsätze gegeben. Die Feuerwehr habe zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt. Er verweist hierzu auch auf den Amtsfeuerwehrtag, der nicht so gelaufen sei, wie man sich das gewünscht hätte. Man werde also noch abstimmen müssen, was genau für ein Ziel man mit dem Amtsfeuerwehrtag verfolge und diesen dann entsprechend ausrichten. Die Kindergruppen sind im Land auf sehr große Resonanz gestoßen. Zum Thema „Jugendgruppen“ führt er aus, dass der Übergang in die aktive Wehr teilweise sehr zögerlich vonstatten gehe. Hier arbeite man dran. Zum Thema „Kleiderkammer“ erläutert er, dass man nach Kündigung der Kleiderkammer in Höhndorf an den Holm gezogen sei. Man habe dort sehr gute Räume finden können und das sei sehr positiv aufgenommen worden. Die Arbeitsgruppe „Kleiderkammer“ werde 2012 noch weiter zusammentreten und die Vorteile einer Kleiderkammer mit Zahlen belegen. Zum Thema „Digitale Alarmierung“ erläutert er, dass Ende März / Anfang April die digitale Alarmierung umgesetzt werden kann. Im März gebe es einen Probelauf. Der digitale Funk werde noch etwas dauern.

Herr Bandowski bedankt sich abschließend für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung der Feuerwehren auch in den Gemeinden. Er bittet darum, angesichts des demographischen Wandels aktiv Werbung für eine Mitgliedschaft in der Feuerwehr zu machen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und hebt noch einmal die Verdienste der Freiwilligen Feuerwehren für den ländlichen Raum hervor.

## **TO-Punkt 6: Bekanntgaben und Anfragen**

### 6.1:

Amtsausschussmitglied Frau Mews erkundigt sich nach den Verträgen zwischen den Gemeinden und dem WBV. Sie gehe davon aus, dass die Kostenträgerschaft nicht zu Lasten des Amtes, sondern nur zu Lasten der betroffenen Gemeinden gehe.

Herr Amtsdirektor Körber erläutert kurz die Hintergründe und bestätigt dies. Er weist darauf hin, dass die Verträge auch schon von der Kommunalaufsicht genehmigt worden sind.

### 6.2:

Der Vorsitzende berichtet kurz über das Thema „Reaktivierung der Eisenbahn Kiel – Schönberg“. Er erläutert, dass derzeit eine Arbeitsgruppe an dem Bus-Bahn-Konzept arbeite. Man werde sehen, was dort für Ergebnisse erzielt werden.

#### 6.3:

Der Vorsitzende verweist ferner auf einen Gesetzentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung und zur Abgabenordnung, mit dem die Möglichkeit eröffnet wird, auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu verzichten. Dies habe zu unterschiedlichen Reaktionen geführt. Er stellt kurz die unterschiedlichen Positionen dar. Der Gemeindetag sei mit dieser Wahlfreiheit aufgrund der unterschiedlichen Interessenlagen im ländlichen Bereich und in den größeren und städtischen Strukturen nicht so glücklich. Hier sei das Augenmaß der Selbstverwaltung gefordert, denn ein Dritter werde nicht finanzieren, wenn die eigenen Einnahmemöglichkeiten nicht ausgeschöpft werden.

#### 6.4:

Amtsausschussmitglied Herr Gafert spricht ein Schreiben zum Thema „Selbstüberwachungsverordnung“ an und den dort genannten Termin, 23.02.2012.

Herr Amtsdirektor Körber erläutert, dass nach Auffassung der Amtsverwaltung die Selbstüberwachungsverordnung wohl nicht geändert oder gar zurückgenommen werde. Die Regenwasserleitungen im ländlichen Raum sind sehr stiefmütterlich behandelt worden. Hier müsse man etwas tun. Den Termin sollte man allerdings nicht so stringent sehen.

Auch der Vorsitzende ist der Auffassung, dass man mit Gelassenheit an dieses Thema hingehen sollte, insbesondere beim Regenwasser. Beim Schmutzwasser sei man in der Tat gefordert.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt der Vorsitzende allen Amtsausschussmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Auch der Verwaltung spricht er seinen Dank aus, insbesondere allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die aufgrund der umfangreichen organisatorischen Veränderungen eine schwierige Zeit erlebt haben. Seiner Auffassung nach werde es sicherlich noch Veränderungserfordernisse geben. Man müsse allerdings ein wenig Zeit haben, um dieses analysieren zu können. Insgesamt bedarf es Zeit aber auch Nachsicht von Seiten der Selbstverwaltung. Er bittet daher darum, die Verwaltung direkt anzusprechen, wenn etwas nicht so gut klappt. Man sollte vermeiden, Unstimmigkeiten nach außen zu tragen, sondern die Kritik da äußern, wo sie hingehört, nämlich gegenüber dem Verwaltungschef. Auch er selbst stehe selbstverständlich für solche Gespräche zur Verfügung.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20.05 Uhr.

gesehen:

Hagen Klindt  
- Vorsitzender -

Angela Grulich  
- Protokollführerin -

Sönke Körber  
- Amtsdirektor -

